

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

22.11.1922 (No. 273)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher
Str. Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. e. n. d.
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für November 216 M. — Einzelnummer 10 M. — Anzeigengebühr: 10 M. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kasierabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstraße 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Anzeigen, die eine längere Laufzeit erfordern, ist die Anzeigensumme im Voraus zu zahlen. Die Anzeigen werden in der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsriedstraße 14, im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten bei der Infektion keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Das Kabinett Cuno.

Der Reichspräsident hat gestern Generaldirektor Dr. Cuno offiziell zum Reichskanzler ernannt. Cuno ist es also gelungen, ein Kabinett zustande zu bringen. Und zwar ist es ein Kabinett der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft. Die Sozialdemokraten sind bei ihrem Beschluß geblieben und haben eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Die Liste der Minister ist noch nicht völlig abgeschlossen. Doch gewinnt man den Eindruck, daß es vor allem Deutschvolksparteiler und Deutschdemokraten sind, die dem Kabinett das Gepräge aufdrücken.

Selbstverständlich wird das neue Kabinett nur ein Übergangskabinett sein. Es wird solange seinen Beruf erfüllen, bis die Sozialdemokratie für eine Zusammenarbeit mit der Deutschen Volkspartei reif geworden ist. Und es gibt gutunterrichtete Leute genug, die der Meinung sind, daß das garnicht allzulange dauern wird.

Die Hauptfrage ist schließlich die, daß wir überhaupt wieder ein Reichskabinett bekommen haben. Der Zustand der letzten Tage konnte auf die Dauer nicht ertragen werden. Unserem politischen Kredit im Ausland hat er jedenfalls nicht genützt. Dagegen hat auffallenderweise die Entwertung der Mark einen Stillstand erfahren. Gestern stand sogar der Dollar auf 6000.

Seine Politik wird das neue Kabinett führen auf der Grundlage jenes noch unter Dr. Wirth zustande gekommenen Programms vom 13. November und auf der Grundlage weitgehender Ersparnisse im Innern. Der Sozialdemokratie bleibt es also unbenommen, das Kabinett bei der Durchführung dieses Programms zu unterstützen, so zumal es ja mit von der Sozialdemokratie gebilligt worden ist.

Was die Namen der einzelnen Minister anlangt, so kann man sagen, daß vorzugsweise Männer gewählt worden sind, die reaktionärer Gesinnung nicht bezichtigt werden können. Wenn jedoch von deutschvolksparteilichen Blättern das neue Kabinett mit ausfallenden Hoffnungen begrüßt wird, so wird der vorsichtige Politiker hier doch lieber raten, die Entwicklung der Dinge abzuwarten. Soweit sich das bis heute feststellen läßt, weist die Ministerliste nicht einen einzigen Namen von Klang auf. Eine gewisse Anzahl von Ministerposten ist ja ohne hin in der Hand ihrer bisherigen Inhaber geblieben. Und unter den neuen Männern genießt lediglich der Vizekanzler und Justizminister Dr. Heine einen gewissen Ruf als sympathische Persönlichkeit und als geschickter Politiker.

Als sehr bedenklich wird dagegen die Ernennung des auf dem rechten Flügel der Deutschen Volkspartei stehenden Dr. Becker-Oeffen zum Reichswirtschaftsminister empfunden. Und man kann es begreifen, daß die Sozialdemokratie, wenn sie sich einem Mann wie Dr. Becker-Oeffen gegenüber sieht, besondere Neigungen zur Opposition verspürt. Allerdings darf nie außer acht gelassen werden, daß das Ganze ja nur ein Übergangskabinett ist, und daß auch Dr. Becker-Oeffen als Reichswirtschaftsminister nur ein Platzhalter ist für den kommenden Mann. Mag dieser kommende Mann nun ein Sozialdemokrat, ein Demokrat, ein Zentrumsmann oder ein Deutschvolksparteiler sein, so steht doch heute schon fest, daß es nie als eine Persönlichkeit sein kann, die auf dem rechten Flügel der Deutschliberalen steht.

Als die gehaltvollste Persönlichkeit des ganzen Kabinetts scheint der Chef des Kabinetts, der Reichskanzler Dr. Cuno, bewertet zu werden. Von vornherein hat Cuno übrigens erklärt, daß er den allergrößten Wert auf die Teilnahme der Sozialdemokratie lege. Und wenn er sich zur Bildung eines Kabinetts ohne die Sozialdemokratie entschlossen hat, so geschah das sicherlich nur aus der Überzeugung heraus, daß jetzt nach Lage der Dinge ein Kabinett unbedingt gebildet werden mußte, daß man nicht länger warten konnte, und daß persönliche Bedenken hinter dem Grundsatze vaterländischer Pflichterfüllung zurückzutreten haben. Dr. Cuno hat eine schwere Aufgabe in schwerer Zeit übernommen. Offen wird er diese Aufgabe allerdings nur mit Hilfe der großen Koalition, und je eher sie zustande kommt, je eher sich also Sozialdemokraten und Deutschvolksparteiler an einen Regierungstisch setzen, um so besser wird das für die Politik des Reichskanzlers sein!

Politische Neuigkeiten.

Das Kabinett Cuno.

Die Bemühungen Dr. Cunos um die Zusammenstellung seines Kabinetts haben gestern in später Abendstunde in der Hauptsache zu einem positiven Ergebnis geführt, nachdem es noch in den ersten Abendstunden den Anschein gehabt hatte, als würde sich die Bildung der neuen Regierung noch länger hinzuziehen. Reichspräsident Ebert hat Herrn Cuno gegen 10 Uhr formell zum Reichskanzler ernannt. Dr. Cunos Vorschläge für die Zusammenstellung seines Kabinetts sind folgende:

- Justizminister und wahrscheinlich auch Vizekanzler Dr. Heine (D. Vp.);
 - Finanzminister: Dr. Hermann (Z.);
 - Arbeitsminister: Dr. Braun (Z.);
 - Wirtschaftsminister: Dr. Becker-Oeffen (D. Vp.);
 - Wehrminister: Dr. Gehler (Dem.);
 - Rechtsminister: Grotzer.
- Postminister: Singl, s. St. Staatssekretär und Leiter der Zweigstelle München des Reichspostministeriums;
Minister des Innern: wahrscheinlich Defer (Dem.);
Schatzminister: Albert, der frühere Staatssekretär der Reichskasse;
Ernährungsminister: Dr. Müller-Bonn (Z.)

Die Besetzung des Reichsministeriums des Innern durch den Demokraten Defer steht noch nicht endgültig fest, ist aber in hohem Maße wahrscheinlich. Noch offen sind die Posten des Wiederaufbauamministers und des Ministers des Auswärtigen. Die Verantwortlichkeit, die Herr Cuno für die Leitung des Auswärtigen Amtes ausserhalb hat — ein Diplom auf dem auswärtigen Posten — trifft erst im Laufe des heutigen Tages in Berlin ein; die Verhandlungen mit dem Betreffenden werden erst heute abend abgeschlossen werden können.

Die letzten Bemühungen.

Vor Eintreffen des positiven Ergebnisses lagen uns folgende Meldungen vor:

In Ausführung des neuerlichen Auftrags zur Bildung eines Geschäftsministeriums hat Geh. Rat Cuno wegen der Zusammenstellung der neuen Regierung gestern den ganzen Tag über verhandelt. Die Blätter veröffentlichen die vermutlichen Ministerien. Die Haltung der beiden Flügelparteien, der Deutschnationalen und der Sozialdemokraten, bei Vorklärung des neuen Kabinetts im Reichstag ist noch unbestimmt. Der „Vorwärts“ schreibt, daß die sozialdemokratische Fraktion am Donnerstag vor dem Zusammentritt der Reichstag des Reichstags ihre Beschlüsse fassen werde. Die Deutsche Tageszeitung macht die Stellungnahme der Deutschnationalen davon abhängig, ob der neue Kanzler seinen Weg mit Energie gehen und in seiner Regierungstätigkeit die nationalen Notwendigkeiten des deutschen Volkes nicht außer acht lassen werde. Das „Berliner Tageblatt“ spricht von einer einseitigen politischen Zusammenfassung des Kabinetts und sagt: alle politische und wirtschaftlich ausschlaggebenden Ministerien seien nach der vermutlichen Ministerliste in den Händen der Deutschen Volkspartei. Die Demokratische Partei werde dies auf die Dauer kaum ertragen können. Wie das Blatt mitteilt, wird Cuno voraussichtlich am Donnerstag die neue Regierung vorstellen und seine programmatische Erklärung abgeben.

Es ist noch unwahrscheinlich, ob die Reichstagsitzung am Donnerstag, auf deren Tagesordnung die Regierungserklärung steht, stattfinden kann. Man rechnet vielmehr mit einer weiteren Vertagung des Reichstags bis Freitag.

Es wird vermutet, daß das Kabinett sich ungefähr wie folgt zusammensetzen wird: Reichskanzler Dr. Cuno, Reichsjustizminister u. Vizekanzler: Dr. Heine (volksparteilicher Reichstagsabgeordneter), Auswärtiges: entweder der Volksparteiler bei der italienischen Regierung v. Neurath oder der Volksparteiler beim Vatikan v. Bergen, Inneres: noch offen, Finanzen: Dr. Hermann (Zentrum), Arbeitsministerium: Dr. Braun (Zentrum), Ernährung: Dr. Müller-Bonn (Geschäftsführer der Landwirtschaftskammer in Bonn), Verkehr und Post, die zusammengelegt werden sollen, noch offen, Wiederaufbau und Schatzministerium, die zusammengelegt werden sollen: v. Hammer, volksparteilicher Reichstagsabgeordneter, Wirtschaft: Dr. Weisig, Direktor der Deutschen Werke, der ebenfalls der Deutschen Volkspartei nahesteht, Reichswirtschaftsministerium: Dr. Gehler. Das Wirtschaftsministerium hatte Geheimrat Cuno ersucht, dem volksparteilichen Abgeordneten Dr. Becker-Oeffen angeboten. Staatssekretär in der Reichskasse wird an Stelle Dr. Hermann der demokratische Reichstagsabgeordnete und frühere bayerische Handelsminister Damm.

Sobiel die „Frankf. Ztg.“ erfährt, wird die starke Verzögerung der volksparteilichen Politiker zum Kabinett Cuno in demokratischen Kreisen nicht ohne Besorgnis beobachtet. Man befürchtet, daß gegenüber einem Kabinett, das so stark nach rechts tendiert, die Sozialdemokraten eine ausgesprochene Kampfstellung einnehmen werden. Tatsächlich wird die Haltung der Sozialdemokraten gegenüber der Regierung Cuno wesentlich bestimmt werden von der Zusammenfassung des Kabinetts. Eine aktive Unterstützung kommt überhaupt nicht in Frage; es könnte sich nur darum handeln, daß die Sozialdemokraten die neue Regierung eine Zeit lang tolerieren; im übrigen herrscht überall der Eindruck vor, daß die Lebensdauer des neuen Kabinetts sehr begrenzt sein werde.

Die erste Sitzung der Orientkonferenz in Lausanne.

Kurz nach 11 Uhr vormittags begann gestern die erste öffentliche Sitzung der Orientkonferenz im Hotel du Chateau zu Lausanne, das völlig für die Zwecke der Konferenz eingerichtet ist. Da außer der englischen und italienischen Abordnung nur wenige Delegierte in dem in der Nähe gelegenen Hotel Beau Rivage wohnen, kamen die meisten Delegierten in Automobilen aus den verschiedenen Kaufmannshotels zur Konferenz. Ihre Ankunft erregte in dem kleinen Hofenkurort am See großes Aufsehen. Die Delegierten mußten durch ein Spalier von Neugierigen hindurch, die sich bei dem wunderbaren Wetter einmal ansehen wollten, wie sich die große ausländische Politik auf dem blauen Hintergrund des Genfer Sees ausnehmen werde. Beim Betreten des Hotels passierte dem französischen Botschafter in Rom, Barrere, der hier der erste Delegierte Frankreichs ist, ein kleines Malheur, das aber von den Zuschauern schließlich in günstigem Sinne gedeutet wurde. Barrere fuhr nämlich, als er durch die kleine Tür des Hotels eintrat, mit seinem Stod in eine Scheibe, des Portals, die dabei in Scherben ging. „Frankreich zerbricht wieder einmal Fenster Scheiben und die anderen werden sie bezahlen müssen.“ „Ach was, Scherben bringen Glück!“ An der Konferenz selbst nahmen Poincaré und Mussolini, die nicht Delegierte ihrer Länder sind, nicht teil.

Die Sitzung war geheim. Obwohl nur über geschäftsbearbeitungsmäßige Fragen verhandelt wurde, gab es dabei doch einen Konflikt.

Lord Curzon übernahm daher sofort die Leitung der ersten Sitzung. Bei der Wahl der vorgeschlagenen drei Kommissionen begannen aber erste Schwierigkeiten. Schließlich einigte man sich auf die Bildung folgender drei Kommissionen: die erste für die territoriale Fragen und die Meerengenfrage, die zweite für die Frage der Minderheiten in der Türkei und die dritte für wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten. Jede Delegation soll das Recht haben, in jede Kommission einen Delegierten oder Sachverständigen zu entsenden. In den beiden ersten Kommissionen dürfen aber nur diejenigen Mächte vertreten sein, die mit der Türkei im Kriege gestanden und noch keinen endgültigen Frieden mit ihr geschlossen haben, vor allem also nicht Bulgarien. Die Meerengenfrage, die einer Unterkommission überwiesen wird, kommt erst später zur Verhandlung, sobald die russische Abordnung eingetroffen ist.

Die türkische Abordnung soll gegen die Art der Verteilung und gegen die Regelung der Zulassung zu den Kommissionen energisch Widerspruch erhoben haben. Tatsache ist jedenfalls, daß das Kommittee an die Presse, das nach Schluß der bis 1 Uhr dauernden Sitzung ausgegeben werden sollte, bis zum späten Nachmittag nicht heraus kam, weil Ismed Pascha sich geweigert hat, es zu unterzeichnen. Curzon soll erklärt haben, daß er keinerlei sachlich bindende Beschlüsse vor Donnerstag zu treffen in der Lage sei, er müsse erst abwarten, bis das neue englische Kabinett dem König vorgestellt und bereidigt sei. Um 4 Uhr nachmittags beabsichtigen die Delegationen zu einer zweiten Sitzung zusammenzutreten.

Die Änderung des Angestelltenversicherungsgesetzes.

Sch. Wir haben vor kurzem über die Vorschläge zur Verbesserung der Angestelltenversicherung berichtet. Der Reichstag hat nun in seiner Sitzung vom 21. Oktober das Gesetz über die Änderung der Angestelltenversicherung verabschiedet. Das Gesetz liegt nunmehr noch dem Reichsrat vor, doch dürfte dasselbe auch da Annahme finden. Die neu festgesetzten Gehaltsklassen und Beitragssätze treten am 1. November 1922, die übrigen Bestimmungen am 1. Januar 1923 in Kraft.

Mit der Einreichung des Gesetzeswurde begonnen auch wieder die Kämpfe um die Verschmelzung mit der Invalidenversicherung; besonders der Wiederaufbau legte sich hierfür energisch ins Zeug. Wenn man auch einerseits der hohen Beiträge für beide Versicherungen eine Verschmelzung beider Versicherungsarten einfach, so wollten die Befürworter der Sonderversicherung das nicht aufgeben, wofür sie jahrelang gekämpft hatten. Aber auch die Mehrheit des Reichstages entschied sich für ein Weiterbestehen der Angestelltenversicherung. In dem neuen Gesetz sind die selbständigen Spruchinstanzen der Angestelltenversicherung, also Rentenausschuss, Schiedsgericht und Oberschiedsgericht beseitigt und deren Aufgaben den Versicherungsämtern, Oberversicherungsämtern und dem Reichsversicherungsamt übertragen. Bei den Oberversicherungsämtern werden besondere Senate für Angestellte gebildet. Die Weisiger werden von dem Vertretern der Versicherten und ihren Arbeitgebern gewählt. Durch diese Vereinheitlichung der Rechtsprechung werden nicht nur erhebliche Kosten erspart, sondern es wird auch die Errichtung weiterer Rentenausschüsse, die vom 1. Januar 1923 mit Ablauf der 10jährigen Wartezeit notwendig geworden wäre, vermieden.

Der § 1 der Versicherung für Angestellte, Personenkreis der Versicherungspflichtigen, der insbesondere für die technischen Angestellten manche Nachteile in sich schloß, hat eine klarere Fassung erhalten. Man bezeichnet jetzt Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in einer ähnlich gehobenen oder höherer Stellung als **versicherungspflichtig**. Die Bestimmung einer Höchstgrenze für die Versicherungspflicht war ebenfalls viel umstritten. Durch die Schaffung eines besonderen § 1a wurde bestimmt, daß dem Reichsarbeitsminister mit Zustimmung des Reichsrates die jeweilige Festsetzung einer Gehalts-Höchstgrenze überlassen wird.

Die Jahresarbeitsverdienstgrenze ist durch Verordnung des Reichsarbeitsministers zunächst auf 840 000 M. festgesetzt worden. Das wesentliche der neuen Änderungen war die Festsetzung der Leistungen und der Beiträge. Die Berechnung der Renten erfolgt in Zukunft nach den Grundsätzen der Invalidenversicherung. Sie setzen sich zusammen aus einem Grundbetrag, der für alle Gehaltsklassen 720 M. beträgt, aus Steigerungsbeträgen für geleistete Beiträge und aus Teuerungszulagen. Bei Ruhegeldempfängern tritt noch eine Erhöhung des Ruhegeldes von jährlich 960 M. für jedes unter 18 Jahre alte Kind hinzu. Die Teuerungszulagen betragen bei dem Ruhegeld, bei den Witwen- und Witwerrenten jährlich 9000 M., bei den Beisrenten jährlich 4600 M. Die neuen Beiträge, die ab ab 1. November gelten, sind bedeutend erhöht und bezogen monatlich:

Gehaltsklasse	Jahresarbeitsverdienst	Monats-einkommen	Monatsbeitrag
1	bis zu 7200	bis zu 600	60
2	7200 bis 14400	600 bis 1200	100
3	14400 " 28800	1200 " 2400	170
4	28800 " 57600	2400 " 4800	260
5	57600 " 115200	4800 " 9000	425
6	115200 " 230400	9000 " 18000	600
7	230400 " 460800	18000 " 36000	820
8	460800 " 921600	36000 " 72000	1150
9	921600 " 1843200	72000 " 144000	1690
10	1843200 " 3686400	144000 " 288000	2340
11	3686400 " 7372800	288000 " 476000	3100
12	7372800 " 14745600	476000 " 800000	3970
13	14745600 " 29491200	800000 " 1400000	4840

Die Beiträge werden vom 1. Januar 1923 ab durch Einkleben von Marken in die Quittungskarte eingeführt. Jeder Angestellte muß sich ab 1. Januar 1923 eine neue Quittungskarte beschaffen. Das bisherige Kontosystem bei der Angestelltenversicherung wird abgeschafft, jedoch dürfte es sich empfehlen, daß jeder Versicherte bei der Reichsversicherungsanstalt beantragt, daß ihm ein Kontoauszug zugeht. Die sich aus den bisherigen Bestimmungen des Angestelltenversicherungsgesetzes und der Reichsversicherungsordnung ergebende Doppelversicherung der Angestellten bei der Angestelltenversicherung und gleichzeitig auch bei der Invalidenversicherung ist jetzt beseitigt worden. Für die Berechnung der Renten aus dem Angestelltenversicherungsgesetz werden auch die Steigerungsbeträge aus den Beiträgen zur Invalidenversicherung mit einbezogen.

Kurze polit. Nachrichten.

Liquidation deutscher Güter in Belgien. Nach einer Ratifikation aus Brüssel wird die Liquidation der beschlagnahmten deutschen Güter in Belgien zügig betrieben. In Brüssel wurden in der vergangenen Woche etwa 20 Häuser und Grundstücke versteigert. In Lüttich, Antwerpen und Löwen wurden verschiedene Besitzungen zum Verkauf gestellt.

Italienische Platten-Neubauten. Nach dem „Corriere d'Italia“ steht die Veröffentlichung eines Erlasses bevor, durch den 200 Millionen Lire für den Neubau von zwei Kreuzern, vier Torpedobootzerstörern und vier U-Booten gefordert werden. Die „Idea Nazionale“ meldet, daß in Konstantinopel zwischen den interalliierten Kommissaren und Mustafa Pascha ein Abkommen getroffen wurde, wonach am 25. November in Gallipoli die Vollmacht übergeben werden sollen. Das Blatt fügt hinzu, es handle sich hierbei offenbar um die Übernahme Konstantinopels durch die Regierung von Angora.

Der Buchdruckerstreik in der Schweiz. Der Buchdruckerstreik in der Schweiz nimmt immer größere Ausdehnung an. Western sind in Bern und Zürich die letzten Zeitungen erschienen und heute wird sich Basel wahrscheinlich anschließen. Die beiden Genfer Zeitungen La Suisse und das Journal de Geneve können mit Hilfskräften immer noch erscheinen, während die übrigen Blätter verschwunden sind. In Lausanne kann außer dem gemeinsam von den vier dortigen Zeitungen ausgegebenen kleinen Blatt La Presse vaudoise nichts erscheinen.

Gerhart Hauptmann, ein deutscher Dichter.

Zum 16. November 1922.

Von Hochschulprofessor Dr. Karl Holl.

III.

Wenn noch Goethe alles schöpferische Werden in Diastole und Systole besteht, so fügt die Sehnsucht der Ausbreitung die Zusammenballung, der Veräußerlichung die Verinnerlichung, der Expansion die Konzentration, durch sie wird das Mikroskopische erst das Makroskopische, sie verleiht dem Stoffe die Seele. Die Sehnsucht löst die Starrheit der umgebenden Wirklichkeit und verleiht die Seele in jene sanfte Bewegung, die bereits Aristippos von Kyrenai, der Lieblingsphilosoph des Sokrates, als Lust auffaßte. Daß diese Sehnsucht leidgeboren ist, hindert nicht das daraus erzeugte humoristische Lustgefühl, um so weniger, da die Quelle des Leids Mitleid, Liebe zu allem Kreatürlichen ist. Es ist daher verständlich, daß der Dichter des sozialen Mitleids zugleich Schöpfer humorvoller Dichtungen ist. Und da er die Gabe scharfer Beobachtung und gegenständlicher Gestaltung besitzt, so vermag er seinem Humor in individuellen Gestalten, Zuständen und Verhältnissen Ausdruck zu verleihen. Erleichtert wird ihm dies, da er in seiner liebevollen Teilnahme an den untern, noch nicht zur „Gesellschaft“ gehörenden Schichten die gegnerische Einstellung des Humors gegen alles Normalfizierte, Konventionelle sein eigen nennt.

Diese Subjektivität in seiner Lebenshaltung ist sicherlich ebenso wenig der Ausdruck einer scharfen Intelligenz wie einer besonderen Willensstärke. Sie wurzelt in einer unergieblichen Gefühlstiefe, aus der heraus sein Gros immer neue Kräfte schöpft. Gerade die Verankerung aber seiner Liebesfähigkeit im Irrationalen seiner Wesenheit, verleiht ihr religiösen Charakter, wie andererseits der Romantiker Novalis ganz allgemein liebevolle Naturen auch für irreligiöse erklärt. In der Liebe zum Kreatürlichen regt sich ein im Jenseits wurzelndes Religiöses. Es wird dadurch das Einzelwesen zum Weltganzen, der Augenblick zum Ewigigen in Beziehung gesetzt. Schon seine erste, unreife Veröffentlichung des bald wieder dem Buchhandel entzogene Epos „Dromedardenlos“, bekundet diese religiös getönte Mitleidsliebe. In seinen Dramen dann wirkt es zunächst nur darauf, als ob in ihnen das Diesseitige umschließenden Wänden Sprünge vorfinden seien, durch die wie zufällig der jenseitige Himmel hereinstrahlt. Der Dichter aber erweitert diese Spalte, um immer deutlicher jenes erhabene Jenseitige in sich aufzunehmen. Der Naturalismus mit seiner Vergötterung alles Zeitlichen schlägt um in das Bewußtsein von der Vergänglichkeit alles Zeitlichen und der Bedeutung des Zeitlosen. Aus dem leidvollen Zeitgefühl erwacht der sehnsüchtige Trieb ins Unendliche. Wenn Friß Strich in „Klassik, Romantik und Realismus“ drei Zeitformen der Dichtung er-

kennt: zeitlose Dauer, Unendlichkeit und Augenblicklichkeit, so scheint Hauptmanns Dichtung eine Synthese zu erstreben von Augenblicklichkeit und Unendlichkeit, von Realismus und Romantik. Indem er den Naturalismus mit der Romantik durchdringt, verleiht er der irreligiösen Gegenwart ein religiöses Sehen. Die Religiosität ist wie die der Romantik durchaus christlicher Art, die, im Gegensatz zu dem vergötterten Menschstum heidnisch-klassischer Mythologie, das Göttliche barmherzig ist. Ihr Gott heißt nicht jene griechisch-klassische, apollinische Heiterkeit, Selbstlosigkeit, sondern er ist leidvoller Liebe, liebendes Opfer, Erlöser und Wegbereiter zu einem besseren Jenseits. Insofern wirkt sein Drama „Andipodis“ wie ein Symbol seines eigenen Dichterschaffens.

Immer wieder hören wir über eine religiös-christliche Note in seinen Dramen sprechen, wenn er auch deutlich seine Abneigung gegen konfessionelle Bindung kundgibt. Auch er wurde, wie eine angelegte Keihe unserer großen Kulturführer, in jenem pietistischen Gefühlsstrom, der seit dem 17. Jahrhundert immerfort, bald mehr an der Oberfläche, bald mehr in der Tiefe, unter geistiges Leben befruchtet. Sein letztes Werk, das Epos „Anna“, worin der Sechzigjährige in seltener Frische und weiser Deutlichkeit ein persönliches Jugenderlebnis zum Symbolhaften gestaltet, läßt jene pietistische Umwelt aufleben, in der er frühe Jahre verbrachte. Willehmit mag durch jene überzeugungsläufigen, innig-frommen Pietisten, die immer ängstlich nach innen horchen, um Erlösung und Erweckung zu finden, unbenutzt auch seine eigene Lebenshaltung bestimmt worden sein, so daß in ihm frühzeitig der objektive Naturalist den Weg nach innen fand, den Weg vom Stoff zur Seele.

Typisch deutscher, lutherischer Frömmigkeit entspricht es auch, wenn er jahrelang mit einem Erlebnis nicht fertig werden kann, wenn er immer wieder mit dem Problem ringt, bis er endlich alle Zweifel und Stupel überwunden hat und mit seinem armen Heinrich, im Gegensatz zu dem Glogengießer Heinrich, den Mut zum Leben wiederfindet: „Los bin ich von dem Mann; Raht meine Hüllen, meine Adler wieder steigen.“ Dies unablässige Ringen, dies eckige deutsche Verböhrten in Probleme, das bei dem Deutschen leicht zur Verböhrtheit führen kann, wird auch bestätigt dadurch, daß Hauptmann gerne alte Huden wieder aufgreift, um sie noch einmal in anderer Art zu verarbeiten. Kein besseres Wort wählen wir als Motto für Hauptmanns Künstlerpersönlichkeit finden, als jenes Faustsche, das er dem Kritiker Heinrich zu seinem Diener Ottavio sprechen läßt:

Badische Übersicht.

Eine Rede des Finanzministers Köhler.

In Badisch-Meinsfelden sprach Finanzminister Köhler über verschiedene aktuelle Fragen der badischen Politik. In der derzeitigen Diskussion über die Stellung des badischen Staatspräsidenten vermisst er größtenteils eine ausreichende Berücksichtigung der politischen Seite der Sache. Eine Koalitionsregierung — und nur eine solche komme für Baden für absehbare Zeit in Betracht — gewinne in den heutigen bewegten Zeiten unbedingt an Vertrauen und damit auch an Stetigkeit unter den Volksgenossen, wenn der erste Präxytant des Staates, nicht während der ganzen Koalitionsdauer immer nur von einer und zwar der stärksten Partei gestellt werde. Ein zeitweiser Wechsel in der Leitung habe hier sicher, politisch gesehen, große Vorteile. Eine andere Frage sei allerdings, ob es notwendig oder zweckmäßig sei, den bisherigen jährlichen Wechsel auch fürderhin vorzunehmen. Er möchte empfehlen, bei der Bemessung der Zeitdauer der Amtsführung des Staatspräsidenten künftig die Stärke der einzelnen Koalitionsparteien in der Weise zu berücksichtigen, daß größere Parteien den Präsidenten für längere Zeitdauer zu stellen hätten als kleinere Parteien. Eine solche Art der Regelung würde sicherlich auch im Volk Verständnis finden. Zu den Maßnahmen auf Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung über-

gehend, hielt der Minister auch die Vereinfachung der Regierung für erwägenswert. Das Institut der Staatsräte habe in den unruhigen Zeiten der vergangenen Jahre ganz bestimmt sehr gute Dienste geleistet; jetzt da die Konsolidierung in Baden gute Fortschritte gemacht habe, könne man aber wohl auch an den Abbau denken, ohne gewichtige Interessen zu verletzen. Auch die Verringerung der Zahl der Landtagsabgeordneten sei ernster Prüfung wert, denn das jetzige badische Parlament sei angesichts der großen Verminderung der Kompetenz der Landesgesetzgebung, die seit dem Jahre 1919 eingetreten sei, mit 86 Abgeordneten reichlich groß. Wenn statt wie jetzt auf 10 000 Wähler etwa erst auf 16 000 Wähler ein Abgeordneter komme, so sei das einerseits eine namhafte Ersparnis an sachlichen und persönlichen Aufwendungen. Wenn der Landtag dann noch durch eine Reform seiner Geschäftsordnung auf die geänderten Verhältnisse Rücksicht nähme und dabei, wie es jetzt im Reichstag beabsichtigt ist, die allzulangen Reden einschränken und auch sonst auf höchste Produktivität unter Ausschaltung allen Manöwerens sehen würde, so wäre damit auch viel gewonnen, das sich nicht nur in einer Verkürzung der Sitzungsdauer und einer Verminderung der außerordentlich hohen Druckkosten, sondern auch für die Ministerien in einer vermehrten Möglichkeit ausdrücken würde, den eigentlichen Verwaltungsgeschäften besser und intensiver nachgehen zu können. Die kommende Zeit werde das eiserne Ruch einer wirksamen Sparpolitik noch über manche Türe schreiben, die bisher mit souveräner Gleichgültigkeit zugeschlagen werde, wenn man Sparen die Rede ist. Von Sparsendfärrissen scheint der Minister nicht viel zu halten; nach seiner Meinung sei auf diesem Gebiet genug geschrieben. An die Stelle der Denkschriften müsse jetzt das ähre und unbedroffene Handeln im einzelnen treten. Man wird besonders in letzterer Hinsicht mit dem Minister in weiten Kreisen einverstanden sein. Willehmit zelt sich dieses Einverständnis auch darin, daß man nicht Himmel und Hölle in Bewegung setze, um die Sparmaßnahmen in der Praxis zu verhindern, für die man theoretisch meist so viel Verständnis hat.

Pressbestimmen zum Ausgang der bad. Gemeindevahlen.

In folgendem geben wir eine kurze Zusammenfassung verschiedener Pressbestimmen aus Baden wieder, welche, jeweils von dem parteipolitischen Standpunkt aus, das Ergebnis der badischen Gemeindevahlen besprechen. Meist geben die Blätter in spaltenlangen Artikeln ihrer Meinung Ausdruck. Interessant mag deshalb folgende kurze Zusammenfassung einzelner Parteiorgane sein. Durchweg wird eine gewisse Wahlmüdigkeit festgestellt. Aus Mannheim wird eine Niederlage der sozialistisch-kommunistischen Parteien gemeldet, Helbergs bezeichnet „eine Radikalisierung nach rechts sowohl wie nach links“, in Karlsruhe ist die Sozialdemokratie die stärkste Partei. Ihr folgt auf dem Fuße das Zentrum. Karlsruhe Presseurteile sprechen von einer „lämmerlichen Zersplitterung des liberalen Bürgerturns“. In Freiburg scheinen wesentliche Verschiebungen nicht eingetreten zu sein. Die Arbeiterparteien haben dort zweifellos mehr Männerstimmen als das Zentrum. Ohne Frauenwahlrecht wäre das Zentrum in Freiburg, wie die „Volkskraft“ schreibt, nicht viel stärker als die Sozialdemokratie.

Die Stellungnahme der einzelnen Blätterstimmen ist folgende:

Der „Badische Beobachter“ schreibt über die Karlsruhe Wahlen:

„Auf dem Rathaus in Karlsruhe ist ein Aus nach links erfolgt, dessen Hauptursache auf sozialistischer Seite übrigens nicht in den Erfolgen der Vereinigten Sozialdemokratie, sondern im Auftreten der kommunistischen Gruppe liegt. Die Ursache des Aus nach links auf nichtsozialistischer Seite liegt in der Wahlflaute der nichtsozialistischen Wähler. Die Sozialdemokratie verstand es durch Genettschaftsterror, ihre Wähler an die Urne zu bringen. Ein ähnliches Mittel hat man auf nichtsozialistischer Seite nicht. Aber wenn man sich auf Seite der nichtsozialistischen Wähler einfach das Fell über die Ohren ziehen läßt, ohne sich darum zu kümmern, dann ist noch mehr möglich, als man bei diesen Wahlen erlebt hat. Die

und Zeitgefühl. Wie Gerhart Hauptmann dem deutsch-slawischen Weichland entstammt, so scheint in dem all sein Schaffen durchdringendes Gefühl, das ihn vielmehr zum Lyriker, zum Art- und Stammesverwandten Eichendorffs, stemmt, denn zum Epiker, deutsche Sehnüchsigkeitslaubigkeit mit slawischer schicksalshafter Weltverlorenheit zu ringen. Es mag doch mehr wie Zufall sein, daß er gerade in Rußland die größte Wirkung auszuüben vermochte, obwohl er ja auch frühzeitig in Paris gespielt wurde, obwohl ihm England noch vor Deutschland die Würde eines Ehrendoktors verlieh. Seine Weichheit seines Wesens deutet auf eine innerliche Verwandtschaft mit jener russischen Seele, die in Tolstoi und Dostojewski sich offenbart.

Und dennoch könnte Hauptmann nicht diese jetzt schon über ein Menschenalter dauernde Bedeutung erlangt haben, wenn dieser Gerhart mehr wie eine Lösung chthonischer Eigenart wäre. Gerhart Hauptmann ist vorzugsweise deutsch. Darüber hat uns auch sein vielberufenes Festspiel von 1913 belehrt. Damals war es ihm verlag, ein Echo zu werden, seinem Weltantritt zu einem Deutschland, wie er es innerlich erlebt hatte. Seine berühmte Rede in der Wiener Universitätsfeier im November 1921 wirkt wie eine Erläuterung seiner Festspielreime. Damals war Gerhart, daß innerstes deutsches Wesen erklart wurde durch äußeren Prunk, daß die innere deutsche Stimme bestummte vor äußerem Lärm. Er wies in seinem Festspiel, wie auch heute wieder, auf die kulturbildenden Kräfte im deutschen Volke hin. Gegenüber der Verstofflichung und Entgeisterung, durch die das 19. Jahrhundert Kultur in Zivilisation verfallt hatte, betonte er, daß der Geist allein der Träger aller Entwicklung, die Kraft aller Entscheidung sei. Geschiehen wir uns ruhig, daß er, der Sohn einer entgeisterten Epoche, nicht verstanden hat, jenen Geist der Befreiungskriege in seine Fülle und Tiefe zu fassen, noch künstlerische Gestalt werden zu lassen. Es ging ihm wie Goethe mit seinem Festspiel „Eptimenides“, wo die respektlosen Berliner fragten: „Wie mene Sie des.“ Aber seine Deutschtum, sein nationales Gefühl kann deshalb nicht angegriffen werden. Heute wie damals will er dem Volke nichts von dem Verdienste heroischer Leistung durch Schwermut abmarkten lassen, aber Kulturaufgaben sind ihm Friedensaufgaben, „Friede erndet, Unfriede zerfällt.“ Das bedeutet keine schwache Unterordnung, er will auch heute ein deutsches und starkes Volk, wie er damals gerufen hat:

„Macht Deutschland von der Fremtherrschaft frei!
Sozget, daß Deutschland einig sei!
Und feid selber frei! Feid selber frei!“

Wenn alle wahre und echte Kunst aus dem Urquell eines nationalen Gefühls gespeist sein muß, so dürfen wir uns auch heute mit Stolz zu einem echten deutschen Dichter bekennen. Gerhart Hauptmann verbrüht uns heute die Wahrheit von Schillers Wort: „Stärke auch in Kriegsflammen Deutschlands Kaiserreich zusammen, deutsche Größe bleibt bestehen.“

Wieder aber muß betont werden daß dieses Ringen nicht die Auswirkung innerlicher starker Willenskräfte ist; es bleibt immer ein emotionales Ringen, ein Ringen seines sehnüchsig-dollen Lebensgefühls mit dem bedrückenden Welt-